

Will die Landesregierung den Neubau von Atomkraftwerken? (Plenarsitzung vom 11.02.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Nun spricht der Abgeordnete Sagel.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Wir haben wenigstens eine Strategie.

(Zuruf von der CDU: Chaos!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! In der Energiepolitik erleben wir im Moment eine verkehrte Welt. In den USA wird durch Obama eine völlig neue Politik gemacht. Im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden Milliarden und Abermilliarden in die Energiewirtschaft investiert: für neue Energietechnologien und für Energieforschung. Obama ruft: „Yes, we can!“, Rüttgers und Pinkwart dagegen rufen: „Sorry, we are still sleeping!“ – So sieht das in Nordrhein-Westfalen aus. Das ist das, was Sie hier machen.

Sie wollen hier eine Energiepolitik machen, die zurück in die 70er-Jahre, zurück ins Atomzeitalter, zurück zu Tschernobyl und Harrisburg führt. Das ist das, was Sie hier konkret fordern, statt, wie es möglich ist, den Energieverbrauch ab 2030 zu 100 % auf regenerative Energien umzustellen. Das wäre eine wegweisende, zukunftsweisende Strategie. In dieser Richtung sieht man von Ihnen überhaupt nichts.

Frau Thoben, es beruhigt uns auch wirklich nicht, wenn Sie sagen, nirgendwo in Deutschland sei der Bau eines Atomkraftwerks geplant, wenn Sie gleichzeitig erklären: „sachlich und ohne Scheuklappen über Perspektiven der Atomenergie diskutieren“. Das haben Sie gerade wörtlich gesagt.

Das ist natürlich ein eklatanter Widerspruch. Vor allem, wenn sich die Mitglieder Ihres Koalitionspartners, der FDP, gleichzeitig hierhin stellen und sagen: „Jawohl, wir wollen wieder Atomenergie“, wird das Ganze mehr als fragwürdig.

Sie haben genau das Gegenteil von dem gesagt, was Sie im ersten Satz behauptet haben, als Sie uns

noch eine Beruhigungspille geben wollten. Das ist das, was Sie hier von sich geben: völlig widersprüchlich.

Für die Linke kann ich Ihnen nur sagen: Wir wollen den ökologischen Umbau der Energieversorgung. Vorrangig sind für uns eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energienetze in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle. Das ist das, was wir wollen.

An meine ehemaligen grünen Kolleginnen und Kollegen gerichtet kann ich auch nur sagen: Sorry, aber das, was ihr hier gefordert habt – mehr Markt, mehr Wettbewerb –, haben wir schon einmal erlebt. Ich kann mich daran erinnern, dass, als ich noch bei den Grünen war, Michael Hustedt das auch gesagt hat.

Was wir damals bekommen haben, ist das, was wir jetzt sehen: Wir haben weiterhin Regionalmonopole. Wir haben weiterhin eine völlige Diktatur der Energiekonzerne, insbesondere was die Preise angeht, aber natürlich auch im Zusammenhang mit der Energieerzeugung.

Wir brauchen vor allem eine Dezentralisierung der Energieerzeugung.

Die Linke steht für den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Konkret fordern wir auch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau. Die ist nämlich immer noch in Betrieb.

Wir dürfen auch keine weitere Einlagerung von Atommüll in Ahaus dulden.

Vor allem wollen wir auch keine Renuklearisierung der Forschungsanlage in Jülich. Das muss verhindert werden, genauso wie es ein striktes Verbot des Exports von Nukleartechnologie geben muss.

Genau das Gegenteil fordert aber die FDP hier: Sie wollen weiterhin in die Atomenergie investieren. Sie wollen weiterhin die Atomenergie nutzen.

Was Sie heute Morgen hier zum Besten gegeben haben, kann uns in keiner Weise beruhigen. Das Risiko ist bei dieser Technologie weiterhin gegeben. Wir haben noch nicht einmal ein sicheres Endlager, geschweige denn sichere Atommüllzwischenlager. Eines haben wir in Nordrhein-Westfalen.

Das muss dringend geändert werden. Wir brauchen eine andere Energiepolitik: mit erneuerbaren Energien, mit Energieeinsparung. Das ist das, was wir für NRW brauchen. Ihre Politik ist in keiner Weise wegweisend. Im Gegenteil, sie führt zurück in die 70er-Jahre.

(Christian Lindner [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Prof. Pinkwart.